

## Offener Brief

An Herrn  
Außenminister und ÖVP-Bundesparteiobmann  
Sebastian Kurz  
Minoritenplatz 8  
1010 Wien

Feldkirch, 8.6.2017

Sehr geehrter Herr Minister Kurz,

Ihre Ankündigung, die Abgabenquote in Österreich auf 40 Prozent senken zu wollen, hören wir wohl – allein uns fehlt der Glaube. Diese Forderung gibt es seit mehr als zehn Jahren, getan hat sich wenig. So wäre es zum Beispiel im Zuge der Einkommenssteuerreform 2016 ein Leichtes gewesen die Kalte Progression abzuschaffen und damit für eine dauerhafte Entlastung aller arbeitenden Menschen dieses Landes zu sorgen. Diese Chance wurde aber ebenso vertan wie auch alle weiteren Bemühungen zur Beseitigung dieser schleichenden Steuererhöhung.

Dabei wäre es so einfach und die Schweizer Nachbarn machen es uns seit Jahren vor: Mit einer jährlichen automatischen Indexierung des Einkommenssteuertarifs und der Absetz- und Freibeträge wäre die Kalte Progression ein für alle Mal eliminiert – für alle! Die Regelung, welche die Koalition in ihrem Arbeitspakt festgeschrieben hat, ist hingegen ungerecht, kompliziert und stellt die Lohnpolitik der kommenden Jahre in Frage. Es ist einfach ungerecht, dass die mit großen Mühen ausverhandelten Lohnerhöhungen ständig an Wert verlieren. In Wahrheit sind sie weiterhin nur die Hälfte wert. Gleiches gilt für die Steuerreform. Bis 2019 ist die Entlastungswirkung, die zuletzt für einen deutlichen An Schub beim Wirtschaftswachstum gesorgt hat, wieder verpufft.

Ungerecht ist auch, dass laut Regierungspakt nur bis zu einem Jahreseinkommen von 18.000 Euro automatisch entlastet werden soll. Damit bleibt die breite Mittelschicht inklusive den Facharbeitern einmal mehr der Zahlesel der Nation.

Sehr geehrter Herr Minister Kurz!

Wenn es Ihnen mit Ihrem Vorschlag, die Steuerlast in Österreich zu reduzieren, ernst ist, dann sollten Sie rasch handeln. Beauftragen Sie als ÖVP-Bundesparteiobmann Ihren Finanzminister Hansjörg Schelling, die sofortige Abschaffung der Kalten Progression noch vor den Neuwahlen

im Herbst umzusetzen. Auch wenn sich die SPÖ als ihr Koalitionspartner weiterhin gegen eine automatische Anpassung des Steuertarifs für alle Beschäftigten wehrt: Eine parlamentarische Mehrheit werden Sie im freien Spiel der Kräfte mit Sicherheit finden.

Ein weiteres politisches Taktieren kommt für uns nicht in Frage. Rasches Handeln ist angesagt. Finanzminister Schelling hat erklärt, unter seiner Führung werde es in Österreich keine neuen Steuern geben. Hat er etwa „übersehen“, dass die Kalte Progression für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach den jährlichen Lohnabschlüssen eine steuerliche Mehrbelastung von rund 450 Millionen Euro bedeutet? Im Klartext: Die Kalte Progression ist nichts anderes als eine automatische Steuererhöhung durch eine ungerechte Gesetzgebung! Und das gehört zum Wohle aller arbeitenden Menschen schleunigst geändert. Sollte es Ihnen gelingen, im Anschluss daran auch noch die Abgabenquote auf 40 oder weniger Prozent zu reduzieren, würden wir uns darüber sehr freuen.

In Erwartung einer umgehenden Umsetzung und mit freundlichen Grüßen



Hubert Hämmerle  
AK-Präsident



Norbert Loacker  
ÖGB-Landesvorsitzender